

## „Ausländische Einmischung“ als politisches Werkzeug gegen Protest

**Westliche Regierungen greifen systematisch zum Vorwurf ausländischer Einmischung, wenn sie mit breiten Protestbewegungen konfrontiert werden – doch die Belege halten der Überprüfung regelmäßig nicht stand.** Von Kanada über Frankreich bis Deutschland zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Zunächst werden russische Drahtzieher hinter Protesten vermutet, dann stellen Geheimdienste oder Gerichte fest, dass keine Steuerung durch ausländische Staaten vorlag. Die politische Funktion dieser Anschuldigungen – Delegitimierung von Opposition und Rechtfertigung außerordentlicher Maßnahmen – ist mittlerweile experimentell belegt. Eine Studie in der *American Political Science Review* (Chow/Levin) zeigt, dass allein der Vorwurf ausländischer Unterstützung die öffentliche Sympathie für Proteste messbar senkt, **unabhängig davon, ob die Anschuldigung zutrifft.** Gleichzeitig existieren tatsächlich dokumentierte Fälle ausländischer Einflussnahme – insbesondere russische Social-Media-Operationen in den USA –, die eine differenzierte Betrachtung erfordern. Die zentrale analytische Schwäche liegt in der systematischen Verwechslung von medialer *Berichterstattung* durch russische Staatsmedien mit operativer *Steuerung* von Protesten.

---

### ***Der Freedom Convoy als Präzedenzfall***

Die kanadischen LKW-Fahrer-Proteste gegen COVID-Maßnahmen im Januar/Februar 2022 bieten den am besten dokumentierten Fall dieses Musters, weil zwei Gerichtsinstanzen die Regierungsmaßnahmen anschließend für rechtswidrig erklärten.

Die Eskalation der Vorwürfe verlief stufenweise: Am 28. Januar 2022 fragte CBC-Moderatorin Nil Köksal den Sicherheitsminister Marco Mendicino live, ob „russische Akteure die Proteste von Anfang an angestiftet“ haben könnten. Der **CBC-Ombudsmann Jack Nagler** rügte dies später als Verstoß gegen journalistische Standards. Premierminister Trudeau behauptete am 11. Februar, „fast 50 Prozent“ der Spenden kämen aus dem Ausland. Interne Textnachrichten, die die Public Order Emergency Commission (POEC) sicherte, zeigen, dass **Trudeaus eigene Mitarbeiter im PMO über diese Behauptung alarmiert waren.** NDP-Chef Jagmeet Singh sprach von einem „Versuch, die Regierung zu stürzen, finanziert durch ausländische Einmischung“. Mark Carney – später selbst Premierminister – nannte die Spender „ausländische Finanziere einer Insurrection“.

Was die Geheimdienste tatsächlich feststellten, steht in scharfem Kontrast zu dieser Rhetorik. CSIS-Direktor **David Vigneault** erklärte in einer Sitzung am 6. Februar 2022 – eine Woche vor der Ausrufung des Notstands: „Es wurden bislang keine ausländischen Akteure identifiziert, die diesen Konvoi unterstützen oder finanzieren.“ CSIS stellte zudem fest, dass die Proteste **keine Bedrohung der nationalen Sicherheit** im Sinne des CSIS-Gesetzes darstellten. Die nationale Terrorwarnstufe blieb unverändert auf „mittel“. Auch die RCMP fand keine Hinweise auf terroristische Aktivitäten in den Spendenflüssen.

Die Analyse der tatsächlichen Finanzierung ergibt ein differenziertes Bild. GoFundMe, die erste Spendenplattform, bestätigte vor dem Parlamentsausschuss, dass **88 % der Gelder aus Kanada stammten und 86 % der Spender Kanadier waren**. Bei der Ersatzplattform GiveSendGo kamen nach der gehackten Spenderliste etwa 59 % der Einzelspenden aus den USA und 35 % aus Kanada – wobei Kanadier höhere Beträge spendeten und rund 50 % des Gesamtvolumens ausmachten. Entscheidend: Diese „ausländische Finanzierung“ bestand aus **freiwilligen Einzelspenden US-amerikanischer Bürger** über eine US-Plattform, nicht aus staatlicher Finanzierung. Kanadisches Recht verbot solche Spenden an Proteste nicht.

Die gerichtliche Aufarbeitung fiel vernichtend für die Regierung aus. Der **Federal Court** urteilte am 23. Januar 2024 (Richterin: Justice Richard Mosley, *Canadian Frontline Nurses et al. v. Canada*), dass die Ausrufung des Emergencies Act **rechtswidrig und ultra vires** war. Es habe weder ein „nationaler Notstand“ noch eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ vorgelegen. Die Notstandsverordnungen verletzen die **Meinungsfreiheit** (Section 2b der Charter) und das **Recht auf Schutz vor unangemessener Durchsuchung** (Section 8) – letzteres bezogen auf das Einfrieren von Bankkonten. Am 16. Januar 2026 bestätigte der **Federal Court of Appeal** dieses Urteil vollumfänglich und stellte fest: „So verstörend und störend die Blockaden auch waren, sie blieben weit hinter einer Bedrohung der nationalen Sicherheit zurück“ – was durch „die eigene Einschätzung von CSIS“ gestützt werde.

Auch die POEC unter Justice Paul Rouleau stellte im Februar 2023 fest: „Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der Freedom Convoy das Produkt einer ausländischen Desinformationskampagne war.“ Ein leitender Beamter des Außenministeriums sagte aus, es habe „für ausländische Staatsakteure wenig Bedarf bestanden, sich nennenswert in das Informationsumfeld des Konvois einzubringen, weil der Desinformationsgrad bereits so hoch war.“

Was die Forscherin Caroline Orr Bueno im *Journal of Intelligence, Conflict, and Warfare* (2023) tatsächlich nachwies, war, dass RT über 250 Convoy-Artikel publizierte und mehr TV-Berichterstattung produzierte als jedes andere internationale Medium. Sie selbst räumte ein, dass dies mediale Verstärkung dokumentierte, **nicht operationelle Kontrolle oder Finanzierung**.

---

## ***Das europäische Muster: Immer der gleiche Ablauf***

Quer durch Europa wiederholt sich ein bemerkenswertes Schema: Breite Protestbewegung entsteht aus konkreten wirtschaftlichen Beschwerden → Regierung oder Medien erheben Vorwurf russischer Einmischung → eigene Geheimdienste finden keine Belege → Vorwurf bleibt dennoch im öffentlichen Diskurs haften.

**Gelbwesten in Frankreich (2018–2019).** Als die Proteste gegen Macrons Kraftstoffsteuer Zustimmungswerte von 84 % erreichten, erklärte Außenminister Jean-Yves Le Drian am 9. Dezember 2018 auf RTL, eine offizielle Untersuchung russischer Einmischung sei eingeleitet. Die Alliance for Securing Democracy (German Marshall Fund) identifizierte rund 600 Twitter-Konten mit Kreml-Nähe, die den Hashtag #giletsjaunes intensiv nutzten. Doch **französische**

**Geheimdienste fanden keine Belege** für russische Beteiligung, wie das *Journal du Dimanche* am 16. Dezember 2018 berichtete. Facebook teilte mit, es habe „keine Hinweise auf eine organisierte Kampagne Moskaus“ entdeckt. Das Digital Forensic Research Lab des Atlantic Council fand „keine signifikanten Belege für staatlich gesponserte Einmischung“. Die Bewegung war organisch aus realen wirtschaftlichen Nöten entstanden.

**Brexit und das ISC-Russland-Dossier.** Der Fall des Brexit-Referendums ist paradox. Das Intelligence and Security Committee (ISC) des britischen Parlaments veröffentlichte am 21. Juli 2020 seinen „Russia Report“ – mit über einem Jahr Verspätung, weil Boris Johnsons Regierung die Publikation vor der Parlamentswahl 2019 blockierte. Die zentrale Erkenntnis war nicht der Nachweis russischer Einmischung, sondern dass **niemand danach gesucht hatte**: „Die Regierung hat Belege für erfolgreiche Einmischung in demokratische Prozesse weder gesehen noch gesucht.“ ISC-Mitglied Stewart Hosie sprach davon, die Regierung habe eine Untersuchung „aktiv vermieden, weil sie die Antwort nicht wissen wollte“. Facebook erklärte, es habe „keine signifikante russische Aktivität während des Brexit“ gefunden. Die Regierung selbst stellte offiziell fest: „Wir haben keine Belege für erfolgreiche Einmischung in demokratische Prozesse gesehen.“ Das Ergebnis war eine **unfalsifizierbare Erzählung**: Für Brexit-Gegner implizierte die fehlende Untersuchung eine Vertuschung; Brexit-Befürworter konnten auf die Abwesenheit von Belegen verweisen.

**Bauernproteste in Europa (2023–2024).** Als europaweit Landwirte gegen Subventionskürzungen, die EU-Agrarpolitik und billige ukrainische Importe protestierten, wurden sofort Russland-Verbindungen behauptet. Wirtschaftsminister Robert Habeck suggerierte Putins Hand hinter den deutschen Protesten. Die Tagesschau titelte „Wie Russland die Bauernproteste für sich nutzen will“. Die Henry Jackson Society bezeichnete die Proteste als „Trojanisches Pferd für russische Desinformation“. In Polen verwies das Außenministerium auf einen einzelnen Traktor mit Sowjetflagge als Beleg für Geheimdienstinfiltration. Doch das **Bundesinnenministerium** erklärte ausdrücklich: „Dem BMI liegen keine Erkenntnisse zu einer gezielten Steuerung der Bauernproteste durch ausländische Akteure vor.“ Ein gefälschtes Euronews-Video, das französische Bauern vor der ukrainischen Botschaft zeigen sollte, wurde als russische Desinformation identifiziert – doch dies dokumentiert die Trittbrettfahrerstrategie Moskaus, nicht die Steuerung der Proteste selbst.

**Querdenken in Deutschland (2020–2022).** Dieser Fall weist die stärksten Belege für russische Medien-*verstärkung* auf. RT Deutsch wurde laut Analysen des German Marshall Fund die interaktionsstärkste deutschsprachige Medienseite auf Facebook – stärker als *Spiegel* oder *Welt*. Über 20 % der Top-100-Facebook-Gruppen, die RT-DE-Inhalte teilten, bezogen sich auf Impfskepsis. Die *Süddeutsche Zeitung* dokumentierte, wie COVID-skeptische Telegram-Kanäle nach Februar 2022 nahezu nahtlos auf prorussische Ukraine-Narrative umschwenkten. Dennoch: Das **BfV stellte Querdenken unter Beobachtung wegen Rechtsextremismus und Delegitimierung des Staates** – nicht wegen russischer Verbindungen. Eine russische Steuerung oder Finanzierung der Bewegung wurde nicht nachgewiesen. Gründer Michael Ballweg war ein Stuttgarter IT-Unternehmer; die Proteste reagierten auf reale Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten.

Weitere Fälle reihen sich ein: In **Tschechien** bezeichnete Premier Fiala die Energieproteste vom

September 2022 als von „prorussischen Kräften“ organisiert, obwohl die Strompreise sich verzehnfacht hatten. In **Katalonien** wurde ein russischer Diplomat identifiziert, der Puigdemont absurde Angebote machte (10.000 Soldaten, 500 Milliarden Dollar) – Spaniens Staatsanwalt empfahl die Einstellung des Verfahrens mangels Beweisen.

---

## **Die Wissenschaft bestätigt den Delegitimierungseffekt**

Die experimentelle Studie „Muddying the Waters“ von **Wilfred Chow und Dov Levin** (erschienen in der *American Political Science Review*, Cambridge University Press) liefert den stärksten empirischen Beleg. Die Autoren führten Umfrageexperimente in den USA und Kanada durch und stellten fest: Öffentliche Vorwürfe ausländischer Einmischung **senken die Unterstützung für Protestbewegungen signifikant** – und zwar auch bei Menschen, die den Anliegen der Protestierenden grundsätzlich sympathisch gegenüberstehen. Besonders brisant: „Rahmenbedingungen wie die Art der ausländischen Hilfe oder die Identität des einmischenden Staates haben keinen Einfluss“ – allein der Vorwurf genügt.

Die **Kopenhagener Schule der Securitization** (Buzan et al., 1998) bietet den theoretischen Rahmen: Regierungen transformieren normale politische Konflikte in „Sicherheitsfragen“, um außerordentliche Maßnahmen zu rechtfertigen. Mehrere neuere Arbeiten wenden dieses Konzept auf Protestbewegungen an. Eine Studie in *Security Dialogue* (2020) zeigt am tunesischen Beispiel, wie Regierungen Protest durch Verknüpfung mit Terrorismus „versicherheitlichen“ – Protestierende selbst erkannten dies als „neue Strategie des Regimes, unseren Protest auf demokratische Weise zu delegitimieren“. Eine Studie in *International Affairs* (Oxford Academic, 2025) analysiert „Attributionsbias“ bei Desinformationsvorwürfen: Die Attribution dient als „politisches Werkzeug zur Delegitimierung politischer Gegner“.

**Amnesty International** dokumentierte in einem Bericht über 21 europäische Länder (Juli 2024) „einen beunruhigenden Trend der Stigmatisierung durch Behörden mit dem Ziel, Protestierende zu delegitimieren“ – darunter Bezeichnungen als „Terroristen“, „Kriminelle“, „ausländische Agenten“ und „Extremisten“. Regierungen nutzten „nationale Sicherheit“ und „öffentliche Ordnung“ regelmäßig als Vorwand.

Auch die journalistische Kritik ist substantiell. Matt Taibbi (*Rolling Stone*) verglich die Russiagate-Erzählung mit den Massenvernichtungswaffen-Behauptungen des Irakkriegs. Glenn Greenwald argumentierte, die Russland-Narrative verhindere eine Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Ursachen politischer Unzufriedenheit. Aaron Maté sprach von einer „zynischen Vertuschungskampagne einer Demokratischen Partei, die von ihren eigenen Wahlniederlagen ablenken wollte“. Der Occupy-Wall-Street-Mitgründer **Micah White** formulierte die tiefste Einsicht: Nachdem er selbst von der russischen Internet Research Agency getäuscht worden war, warnte er: „Von nun an werden wir anfangen zu vermuten, dass Aktivismus nicht real ist. Das könnte genau eines der strategischen Ziele Russlands gewesen sein – indem man Protest in westlichen Demokratien delegitimiert, schadet man den Demokratien selbst.“

---

## ***Wo ausländische Einmischung tatsächlich belegt ist***

Eine redliche Analyse darf die Gegenbeispiele nicht unterschlagen, denn dokumentierte Einmischung existiert – wenngleich sie in ihrer Natur von den politischen Vorwürfen systematisch abweicht.

Der am besten dokumentierte Fall sind die **Operationen der russischen Internet Research Agency (IRA)** in den USA. Die Mueller-Anklage (Februar 2018) und der parteiübergreifende Bericht des Senate Intelligence Committee (Oktober 2019) belegen: Die IRA erreichte bis zu **126 Millionen Amerikaner** auf Facebook, organisierte reale Demonstrationen auf US-Boden und gab über 100.000 Dollar für Anzeigen aus. Der operative Schwerpunkt lag auf Rassenspannungen – **66 % der Facebook-Inhalte** enthielten rassenbezogene Begriffe, 96 % der YouTube-Videos thematisierten Polizeigewalt oder BLM. 13 russische Staatsbürger wurden angeklagt.

Entscheidend ist dabei die dokumentierte **Doppelstrategie**: Die IRA förderte gleichzeitig Pro-BLM- und Anti-BLM-Inhalte und organisierte in einem dokumentierten Fall sogar gegensätzliche Demonstrationen am selben Tag in New York. Das Ziel war nicht die Unterstützung einer Seite, sondern die **Maximierung gesellschaftlicher Spaltung**. Wie *Axios* zusammenfasste: „Es waren amerikanische Polizisten, die Tamir Rice erschossen, Breonna Taylor töteten und George Floyd erstickten.“ Die IRA nutzte reale Missstände – sie schuf sie nicht.

Die **GRU** (russischer Militärgesamtdienst) hackte die Server der Demokratischen Partei und verteilte Material über WikiLeaks. Im Bereich der Umweltbewegung schätzte das Centre for European Studies, dass Russland 95 Millionen Dollar in NGOs investierte, die gegen Schiefergas kampagnierten – wobei die *Cambridge APSR*-Studie anmerkt, dass „bislang keine schlüssigen Beweise“ vorliegen. Chinesische Einflussoperationen wurden ebenfalls identifiziert: Das State Department berichtete 2025 dem Kongress über Verbindungen zwischen bestimmten US-Aktivistennetzwerken und dem Netzwerk des Unternehmers Neville Roy Singham, der als KPC-Mitglied beschrieben wird.

Historisch reicht das Muster weit zurück. Der sowjetische **World Peace Council (WPC)** wurde nachweislich von der KPdSU finanziert und gesteuert. Präsident Reagan nutzte dies 1982, um die gesamte Nuclear-Freeze-Bewegung als sowjetisch inspiriert darzustellen – obwohl das FBI dem Geheimdienstausschuss mitteilte, der KGB habe die amerikanische Friedensbewegung **„nicht signifikant manipuliert“**. Noch drastischer war **COINTELPRO**: FBI-Direktor Hoover nutzte angebliche kommunistische Unterwanderung als Rechtfertigung für die systematische Überwachung und Zersetzung der Bürgerrechtsbewegung von 1956 bis 1971. Das Church Committee (1976) stellte fest: „Die unausgesprochene Hauptprämisse von COINTELPRO war, dass das FBI eine Rolle bei der Aufrechterhaltung der bestehenden Sozialordnung hat.“

---

## **Die dreifache Unterscheidung, die politisch verschliffen wird**

Forscher unterscheiden drei Kategorien, die im politischen Diskurs regelmäßig vermischt werden:

- **Ausländisch verursachte Bewegungen** – extrem selten; die meisten Protestbewegungen entstehen aus realen inländischen Missständen
- **Ausländisch verstärkte Bewegungen** – häufig; ausländische Akteure boosten existierende Spannungen über soziale Medien und Staatsmedien
- **Ausländisch ausgenutzte Bewegungen** – sehr häufig; ausländische Akteure nutzen die Existenz von Protesten für Propagandazwecke

Die politisch wirksame Delegitimierung funktioniert, indem Kategorie 2 oder 3 als Kategorie 1 dargestellt wird – RT *berichtet* über Gelbwesten wird zu Russland *steuert* die Gelbwesten. Die *State of Black America*-Analyse warnte präzise vor dem Mechanismus: „Wenn allein der Anschein ausländischer Unterstützung genügt, um eine Bewegung zu diskreditieren, schafft dies einen perversen Anreiz für ausländische Akteure, weiteren Schaden anzurichten.“

Dieser Mechanismus macht ausländische Einflussnahme für Protestbewegungen zu einem **doppelten Risiko**: Selbst wenn eine Bewegung rein inländisch ist, genügt die bloße Behauptung ausländischer Verbindungen, um ihre Legitimität zu untergraben – was Chow und Levin experimentell nachgewiesen haben. Und wenn ausländische Akteure tatsächlich verstärken, wird dies zum Beweis, dass die gesamte Bewegung fremdgesteuert sei, obwohl die zugrundeliegenden Beschwerden authentisch und die Verstärkung marginal war.

---

## **Schlussfolgerung**

Die Recherche ergibt ein konsistentes, länderübergreifendes Muster mit einer klaren empirischen Bilanz. In **jedem untersuchten Fall** – Freedom Convoy, Gelbwesten, Brexit, Bauernproteste, Querdenken, tschechische Energieproteste, Katalonien – blieben die Vorwürfe russischer Steuerung hinter den Feststellungen der eigenen Geheimdienste und Gerichte zurück. Die analytische Grundschwäche ist stets dieselbe: Die Verwechslung von Berichterstattung und Verstärkung mit Verursachung und Steuerung.

Gleichzeitig wäre es vereinfachend, ausländische Einflussnahme als reine Fiktion abzutun. Die IRA-Operationen in den USA sind gründlich dokumentiert, RT Deutschlands Durchdringung der COVID-skeptischen Szene in Deutschland war real, und vereinzelte Desinformationsprodukte wie gefälschte Videos existieren. Die entscheidende Erkenntnis ist eine andere: **Ausländische Akteure können bestehende gesellschaftliche Brüche ausnutzen, aber sie können sie nicht erzeugen.** Die politische Instrumentalisierung des Einmischungsvorwurfs lenkt von den inländischen Ursachen ab – von Impfpflichten über Energiepreise bis zu Polizeigewalt –, die den Protest überhaupt erst hervorrufen.

Die vielleicht beunruhigendste Einsicht formulierte Micah White: Wenn die bloße Möglichkeit ausländischer Beteiligung genügt, um jeden Protest unter Generalverdacht zu stellen, dann wird

die Offenlegung von Einflussoperationen selbst zur Waffe gegen demokratische Teilhabe. Genau diesen Effekt haben Chow und Levin quantifiziert – und genau diesen Effekt nutzen Regierungen, wenn sie reflexhaft auf „ausländische Einmischung“ verweisen, statt sich mit den Anliegen ihrer Bürger auseinanderzusetzen.